

(Frau Vizepräsident Friebe)

(A) Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung

Auch hier verweise ich auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/726.

Mit Drucksache 10/800 liegt Ihnen ein Änderungsantrag zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung und darf jetzt Herrn Abg. Dr. Rödding von der Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Dr. Rödding (CDU): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es spät geworden ist und die meisten nach Hause wollen, wenn auch ich lieber mit Herrn Kniola Skat spielen würde, dann ist die Wissenschaftspolitik an der Reihe. Wir haben natürlich die ungeheuer Befriedigung, daß wir das Protokoll vervollständigen und am Ende alles lesen können; aber ich würde doch eigentlich bitten, daß die geheime Regie, die hinter diesem Unternehmen waltet, vielleicht einmal dafür sorgt, daß in einem Jahr - vielleicht im nächsten - über die Wissenschaftspolitik zu einer anderen Stunde verhandelt wird.

(Allgemeine Zustimmung)

Nun, meine Damen und Herren: Der Haushaltsplan liegt uns vor, und im Haushaltsplan erscheint die ganze Politik im Spiegel der Zahlen. Darum steht auch das Ganze zur Debatte und nicht nur die Finanzierung.

(B)

Über Einzelheiten können wir uns natürlich immer wieder leicht verständigen. Natürlich kann man darüber reden, ob von rund 50 000 Stellen im Wissenschaftshaushalt die eine oder andere oder 10 oder 20 oder 50 oder 100 irgendwie an andere Stellen verschoben werden sollen. Und es ist auch möglich, an einer Stelle eine Summe zu streichen und an einer anderen Stelle eine hinzuzufügen.

Solche geringfügigen Veränderungen mag die Regierungspartei im wesentlichen mit der Regierung zusammen verantworten. Selbstverständlich werden wir im Einzelfall auch zustimmen, wenn uns die Sache einigermaßen einleuchtet, so wie es uns eingeleuchtet hat, daß die Bezüge der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen angehoben werden müssen. Ich finde es sogar beschämend, daß es erst eines Drucks von außen bedurfte, um uns - vor allem die Regierung - darauf hinzuweisen.

(Zustimmung bei der CDU)

Einleuchtend war es auch, daß wir der Studentenschaft Mittel gestrichen haben, die ja ohnehin hohe Einnahmen aus Zwangsbeiträgen hat, Beiträge, aus denen kulturelle Arbeit bezahlt werden soll - alles einleuchtende kleine Sachen.

(C)

Wenn wir in solchen Fällen zugestimmt haben, meine Damen und Herren, dann bedeutet das allerdings nicht, daß wir das ganze System der Wissenschaftsfinanzierung in Nordrhein-Westfalen mit abdecken und dafür in Anspruch genommen werden könnten; denn hier melden wir entschiedenen Widerspruch an. Ich kann das auf eine sehr einfache Formel bringen: Dieser Haushalt ist nicht sparsam genug und löst mit seinen hohen Summen dennoch nicht die entscheidenden Probleme, die vor uns stehen.

Lassen Sie mich zunächst ein Wort zur Sparsamkeit sagen! Es gibt doch eine allgemeine Weisheit, der sich allerdings die Regierenden und die Bürokraten im allgemeinen verschließen. Die Weisheit heißt: Die Menschen sind doch dann am tugendhaftesten, wenn ihre Tugend in ihrem eigenen Interesse liegt. Und so sind die Menschen auch dann am sparsamsten - und übrigens auch am fleißigsten und am schöpferischsten -, wenn die Sparsamkeit in ihrem eigenen Interesse liegt. Man kann ja über die Schlechtigkeit der Welt klagen und sagen, daß das doch eigentlich gar nicht so sein dürfe, wie es nun einmal ist, nämlich daß die meisten Menschen interessegebunden handeln; nur: Das hilft uns nichts.

(D)

Wer Realpolitik machen will, stellt das in Rechnung. Und wer den Haushalt sanieren will, der muß ja wohl Realpolitik machen, und das heißt: Er muß die Beteiligten dahin bringen, daß sie aus eigenem Interesse sparen, nicht weil es zentral verordnet ist. Das bedeutet also in unserem Falle, meine Damen und Herren: Wenn ein Professor, ein Rektor, ein Kanzler, ein Senat, ja, wenn eine ganze Hochschule weiß, wofür sie sparen soll und daß ihr das ersparte Geld nicht wieder weggenommen wird, sondern daß sie es für zwingend notwendige Investitionen verwenden darf, dann wird wirklich gespart!

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn man aber weiß, daß das Ersparte in einen großen Topf fließt, den man nicht kennt und der anonym ist, dann wird eben nicht gespart. Und ich sage Ihnen voraus, meine Damen und Herren, daß das Geld im laufenden Haushaltsjahr noch früher ausgegeben sein wird als in diesem, weil ja alle damit rechnen, daß die berühmte Haushalts-

(Dr. Rödding (CDU))

- (A) sperre zwei bis drei Wochen früher als im vorigen Jahr verfügt werden wird.

Das heißt also im Klartext: Die Hochschulen müssen ihre eingesparten Haushaltsmittel behalten können, für dringend benötigte Investitionen sparen können, für die wir dann möglicherweise nur reduzierte Mittel - oder vielleicht sogar überhaupt keine - im Landeshaushalt zur Verfügung stellen müssen. Um das zu ermöglichen, bedarf es für unsere Hochschulen einer besonderen Klausel in der Landeshaushaltsordnung.

Das gilt auch für das zweite: Das Finanzsystem der Hochschulen muß so geändert werden, daß sie ihre Einnahmen selbst behalten können.

(Zustimmung bei der CDU)

Ja, sie müssen geradezu gedrängt werden, sie müssen in Stand gesetzt werden, Einnahmen zu erzielen; sie müssen die Einnahmen suchen: in der Weiterbildung, in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, durch Vermietung von Räumen und Einrichtungen; man könnte hier noch vieles nennen.

Es wird nicht in jeder Fakultät alles gleich sein; aber mit Phantasie gäbe es doch eine Reihe von guten Möglichkeiten. Aber die Hochschulen werden sich nur dann um die Einnahmen bemühen, wenn sie am Ende ihr Geld auch behalten können, wenn sie es nicht abgeben müssen. Wenn sie es nicht für Investitionen im eigenen Bereich ausgeben können, dann werden sie sich eben um Einnahmen nicht bemühen.

(B)

Dazu müssen viele Haushaltstitel miteinander deckungsfähig gemacht werden. Das würde nicht nur der Selbstverwaltung der Hochschulen viel mehr entsprechen und ihr dienen; nein, meine Damen und Herren, dann würden in den Hochschulen die Prioritäten selbst gesetzt. Ganz gewiß würde das im Zusammenhang mit all den anderen Maßnahmen auch der Sparsamkeit dienen.

Meine Damen und Herren! Dagegen wird gelegentlich eingewandt, daß wir uns als Parlament der Gestaltungsfähigkeit des Haushalts begäben, wenn wir solche Prinzipien einführen würden. Aber ich frage: Was ist das denn für eine Gestaltung von Wissenschaftspolitik, wenn wir hier eine BAT-III-Stelle streichen und dort eine C-2-Stelle oder C-3-Stelle hinzufügen, möglicherweise weil gerade ein örtlicher Abgeordneter von seiner Hochschule den entsprechenden Druck bekommen hat! Oder ist das vielleicht Gestaltung von Wissenschaftspolitik, wenn wir

Stellen für das Aachener Klinikum bewilligen, die ohnehin errichtet werden müssen, weil das Ganze sonst nicht funktionieren würde? (C)

Nein, meine Damen und Herren! Wissenschaftspolitik ist etwas anderes. Da geht es nämlich darum, vor diesem Hause zu verantworten und zu vertreten, für welche Fakultäten, für welche Studiengänge, für welche Forschungsschwerpunkte wir die hohen Summen ausgeben wollen. Und es geht darum, was das Land für seine Hochschulen und für seine Forschungsstätten insgesamt auszugeben bereit ist.

Diese Fragen, die eigentlich politischen Fragen, werden ja gar nicht mehr gestellt. Es lohnt sich auch gar nicht, sie zu stellen, weil ja in diesem Lande durch eine jahrelange unsolide Haushaltspolitik alles festgelegt ist und wir für wahre Gestaltung überhaupt keinen Spielraum mehr haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist ja unsere Misere. Wir werden erst dann wieder aus ihr herauskommen, wenn wir entscheidende Veränderungen in unserer Hochschulfinanzierung vornehmen, wenn wir in den Hochschulen das Interesse wecken, zum eigenen Vorteil zu sparen. Daß das nicht einfach ist, ist allen klar. Ich hoffe nur, daß das neue Hochschulrahmengesetz dazu beiträgt, Gremien zu schaffen, die auch in der Lage sind, entsprechende Entscheidungen an den Hochschulen zu fällen.

Nun zum zweiten: Weil der Haushalt nicht sparsam ist, ja weil die Landesregierung seit Jahren unsolide war, darum können höchst wichtige Aufgaben, die heute vor uns stehen, nicht gelöst werden - Aufgaben, die wir gerade im Bereich der Wissenschaftspolitik haben. Ich nenne an erster Stelle die Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses. Doch dazu haben wir einen Antrag gestellt, und darüber wird gleich noch kurz zu reden sein durch Herrn Kollegen Dr. Fischer. (D)

Ich will hier nur soviel sagen: Ganze Wissenschaftszweige, vor allem Geisteswissenschaften, werden ausbluten, Forschungslinien werden unterbrochen, wenn nicht junge Wissenschaftler in den Hochschulen bleiben können. Schade nur, daß Sie, meine Damen und Herren von der SPD, an dieser Stelle nicht mit uns zusammen eine hohe Priorität gesetzt haben! Leider gibt der Haushalt zu dieser Problematik keine einzige Antwort.

Er tut das auch nicht zu einer anderen Sache, in der wir Jahr für Jahr an Boden verlieren, nämlich bei der Anschaffung von Großgeräten. 1986 müßte nach Auskunft des

(Dr. Rödding (CDU))

- (A) Wissenschaftsrates in Nordrhein-Westfalen eigentlich doppelt soviel investiert werden, damit wir auf diesem Gebiete nicht hoffnungslos veralten. Obwohl in den Haushaltsplanberatungen - das erkenne ich ausdrücklich an - die Mittel noch einmal aufgestockt werden konnten, wird der Nachholbedarf immer größer.

Hinzu kommt, daß wir neue Forschungsgebiete erschließen müssen, für die neue Großgeräte erforderlich sind. Ich denke an die Vorhaben in Dortmund und an anderen Stellen. Investieren wir hier nichts, geraten wir in der Forschung immer mehr in Rückstand. Hier müßte doch der Haushaltsplan ein Konzept erkennen lassen, wie dieses Problem zumindest mittelfristig gelöst werden kann, damit wir nicht eines Tages bezüglich der Großgeräte hoffnungslos veralten und ins Hintertreffen kommen.

Leider stagnieren auch die Mittel für die Bibliotheken. Dabei soll zwar anerkannt werden, daß im Gefolge unserer Großen Anfrage in der letzten Legislaturperiode einiges geschehen ist; doch das Problem ist damit nicht gelöst. In vielen Fällen leiden die Bibliotheken auch darunter, daß wichtige Periodika nicht fortgesetzt werden können. Auch hierzu brauchen wir ein Konzept, das für das ganze Land tragfähig wäre. Wir vermissen es leider.

- (B) Darüber hinaus sind die frei verfügbaren Forschungsmittel wieder heruntergefahren worden. Damit geht wieder ein Stück des Spielraums verloren, den die Hochschulen haben müssen. Soll denn die Hochschulforschung, frage ich die Landesregierung, mehr und mehr zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen abwandern?

Im übrigen - das darf ich an dieser Stelle sagen - muß ich es bedauern, daß der Finanzminister nicht imstande ist, eine allgemeine Übersicht über die Forschungsmittel vorzulegen,

(Zustimmung bei der CDU)

die insgesamt in unserem Lande ausgegeben werden, obwohl das Parlament beschlossen hat, daß dies geschehen soll.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Dann das vielleicht Wichtigste, meine Damen und Herren! Es geht um die Unsicherheit, die unsere Hochschulen befallen hat, weil sie nicht wissen, wie sie sich in Zukunft weiterentwickeln sollen. Dabei erinnere ich zunächst an das Gerücht, daß der Finanz-

minister 1 500 Stellen in den nächsten Jahren im Hochschulbereich einsparen wolle. Natürlich wurde das dementiert. Es wurde ja auch den Stellenkürzungen unseres Haushalts, die wir jetzt im Haushalt haben, zunächst widersprochen. Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Kniola, hat ja nach außen erklärt, ich glaube, es war in der nordrhein-westfälische Rektorenkonferenz - ich weiß, er steht hinter mir; man soll den Feind allerdings nie im Rücken haben -, man werde diesen Stellenkürzungen in der Fraktion widersprechen und sie nicht mitmachen; man werde dafür sorgen, daß die Kürzungen wieder rückgängig gemacht würden, weil sie fachlichen Gesichtspunkten nicht standhielten. So ist mir jedenfalls berichtet worden. Und auch bei den Ausschlußberatungen hat die Ministerin gesagt, daß sie weitere Kürzungen im Stellenbereich in den nächsten Jahren nicht verantworten könne. Aber weder hat sich die Ministerin beim Regierungsentwurf noch der wissenschaftspolitische Sprecher in seiner Fraktion gegenüber dem übermächtigen Finanzminister durchsetzen können. Das ging ja teilweise so weit, daß die Beamten des Finanzministers im Wissenschaftsausschuß das entscheidende Wort führten und die des Wissenschaftsministeriums nur noch staunend zuhörten, bis ich mir das schließlich verboten habe.

Meine Damen und Herren, hier wird offensichtlich ein tiefgreifender und grundlegender Konflikt in der SPD-Fraktion offenbar. Darum können wir auch die Stellenstreichungen dieses Jahres nicht als eine vergleichsweise geringe Maßnahme von marginaler Bedeutung ansehen: nur 0,5 % des Gesamtbestandes. Vielmehr handelt es sich nach unserer Auffassung um den Anfang eines umfassenden Reduktionsprozesses, den der Finanzminister nach den Erfahrungen der letzten Zeit vom Minister für Wissenschaft und Forschung erzwingen wird. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit wird das darüber hinaus noch nach dem Zufallsprinzip gemacht. Der Finanzminister liegt gewissermaßen auf der Lauer, um aufzupassen, wo eine Stelle frei wird, die er einkassieren kann.

Meine Damen und Herren, einem solchen Verfahren liegt kein Konzept zugrunde, obwohl die Hochschulgesetze dafür umfangreiche Planungsinstrumentarien vorgesehen haben. Es ist merkwürdig, daß die Partei, die am liebsten alles zentral planen würde, daran keinen Geschmack findet und davon keinen Gebrauch macht.

(Zuruf des Abg. Kniola (SPD))

Aber ich denke, das wird an anderer Stelle noch zu untersuchen sein, nämlich, wenn die

(C)

(D)

(Dr. Rödding (CDU))

- (A) Landesregierung auf unsere Große Anfrage geantwortet hat. - Hier aber gilt: Die gesamte Entwicklung der Wissenschaftspolitik in den letzten Jahren ist eine einzige Niederlage des Wissenschaftsministers gegenüber dem Finanzminister.

(Frau Robels (CDU): Sehr richtig!  
- Zustimmung bei der CDU)

Dabei führt der inhaltliche Widerstand des Wissenschaftsministers, den wir ja anerkennen wollen, dahin, daß nach Zufall und nicht nach Konzept gehandelt wird. Das heißt, es wird nicht nach Kriterien und Maßstäben regiert, sondern das zusammengekratzt, was sich am Wege findet.

Daß sich der Finanzminister immer wieder durchzusetzen vermag - das gilt übrigens gegenüber dem Kultusminister in gleichem Maße -, zeigt, daß die Bildungspolitik in der SPD den Stellenwert verloren hat, den sie einst besaß.

(Kniola (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Wenn sich die Landesregierung in den letzten 10 Jahren unter der gleichen Regierung entscheidend verändert hat, dann ist das hier der Fall.

Meine Damen und Herren, daß es hohe Priorität hat, den Landeshaushalt zu sanieren und den katastrophalen Schuldenstand zu verringern, um neue Gestaltungsspielräume zu gewinnen, wissen wir auch.

(B)

(Trinius (SPD): Ach!)

Nur müssen dazu die Kräfte mobilisiert werden, die heute in den Hochschulen schlummern. Das Interesse am Sparen muß geweckt werden. Und wenn gekürzt werden muß, dann muß das nach einem Konzept geschehen,

(Kniola (SPD): Richtig!)

das die Hochschulen möglichst selbst innerhalb eines Rahmens, der ihnen gesetzt werden muß, erarbeiten könnten und sollten.

(Kniola (SPD): Falsch! Wir sind gefordert! - Frau Robels (CDU): Nein!)

Dieser Rahmen muß für alle Beteiligten verläßlich sein.

So entspricht auch dieser Haushaltsplan nicht den Erfordernissen einer zukunftsweisenden Wissenschaftspolitik. Er verkennt die Chancen des Sparens. Meist regiert der Zufall.

(Zustimmung bei der CDU)

Das können wir nicht akzeptieren. Wir fordern Sie auf, Frau Ministerin Brunn, sich bei der Vorbereitung der nächsten Haushaltspläne nicht wieder durch den Finanzminister unterbuttern zu lassen, sondern sich durchzusetzen.

(C)

(Dr. Posdorf (CDU): Seien Sie mutig!)

Vielleicht schaffen Sie als Frau das, was Ihre Herren Vorgänger nicht geschafft haben.

(Frau Robels (CDU): Das wäre toll!)

Entscheiden Sie sich für ein realistisches Konzept mit klaren Prioritäten, vor allem aber definieren Sie einen eindeutigen Rahmen, der den finanziellen Spielräumen der Hochschulen Rechnung trägt. Dann versuchen Sie innerhalb dieses Rahmens alle gutwilligen Kräfte zu mobilisieren, die sich in den Hochschulen finden. Vor allem aber: Kämpfen Sie selbst um Ihren Spielraum in der Regierung.

(Zustimmung bei der CDU)

Sollten Sie nämlich da siegen, Frau Ministerin, dann haben Sie uns sogar auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CDU - Oh-Rufe bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Danke schön! - Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Retz; ich erteile ihm das Wort.

(D)

(Maedge (SPD): Ein guter Mann!)

Retz (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rödding, bei allen guten Kommentierungen, schönen Formulierungen und guten Ratschlägen bleiben die konkreten Vorschläge dazu, wie das, was Sie in einem schönen Rahmen dargestellt haben, zu bewerkstelligen sein soll, außen vor.

(Zustimmung bei der SPD - Maedge (SPD): Wie immer! - Kniola (SPD): Völlig richtig! Die Faulheit obsiegt! - Dr. Rödding (CDU): Lassen Sie uns einmal an die Regierung, dann werden wir es schon zeigen! - Maedge (SPD): Um Gottes willen! - Kniola (SPD): Schreck, laß nach!)

Ich komme auf die Anträge, die zu Einzelplan 06 gestellt wurden, noch zurück.

Lassen Sie mich den Wissenschaftshaushalt zunächst im Gesamtrahmen darstellen. Der Einzelplan 06 des Ministers für Wissenschaft und Forschung umfaßt ein Gesamtvolumen von

(Retz (SPD))

- (A) über 5,5 Milliarden DM und weist damit nach der Auslagerung der Landeszentrale für politische Bildung erneut eine geringe Ausgabensteigerung auf.

Von der SPD-Fraktion wurden im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ausschuß 23 Änderungsanträge eingebracht und zum überwiegenden Teil auch mit den Stimmen der Opposition beschlossen; das war sehr erfreulich.

(Dr. Rödding (CDU): Kleinkram!  
- Kniola (SPD): Das soll Kleinkram sein?)

Unser Ziel war es auch, mit dem Einzelplan 06 einen Beitrag zur Konsolidierung des Gesamthaushalts zu leisten. Daher sind unsere Anträge zum überwiegenden Teil kostenneutral und haben lediglich eine Verschiebung der einzelnen Haushaltsansätze zur Folge.

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Auch wenn die Wunschliste für den Mittelbedarf unserer Wissenschaftler an den Hochschulen unendlich scheinen, so stellt der Haushalt doch einen Finanzrahmen dar, mit dem die Hochschulen in unserem Lande bei sparsamer Haushaltsführung - das will ich auch eingestehen - den vielfältigen Aufgaben in Wissenschaft und Lehre gerecht werden können.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

(B)

So wünschenswert einige zusätzliche Anmeldungen sind, bleibt letztlich der finanzpolitische Zwang, aus dem Möglichen die wichtigen Schwerpunkte zu fördern und an den Hochschulen entsprechend zu plazieren. Ich glaube, dies ist mit dem Gesamtansatz des Haushalts, aber auch mit den Änderungsanträgen der SPD zum Einzelplan 06 gelungen.

Lassen Sie mich trotz des leeren Hauses doch noch einige wichtige Punkte erwähnen. Es ist uns gelungen, für die Anschaffung von Großgeräten eine Aufstockung des Gesamtansatzes um 10,5 Millionen DM zu erreichen,

(Dr. Posdorf (CDU): Die Hälfte! Die andere kommt vom Bund!)

der 1985 bereits um 15 Millionen DM aufgestockt wurde und mittlerweile den stolzen Betrag von 48 Millionen DM umfaßt. Damit wird an den Hochschulen und Fachhochschulen unter anderem eine weitere Ausstattung mit Datenverarbeitungsgeräten möglich sein. Diese Ansatzserhöhung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, der sich in den fol-

genden Jahren verstärkt fortsetzen muß, um die Ausstattung unserer Hochschulen mit modernen Großgeräten auch zukünftig sicherzustellen.

(C)

Im Aachener Klinikum, das Sie soeben auch angesprochen haben, werden bei steigender Auslastung im Bereich der Chirurgie, der Inneren Medizin sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie weitere 5 Professuren eingerichtet; damit kann der Strukturplan schneller verwirklicht werden, als ursprünglich vorgesehen war.

(Frau Robels (CDU): Das war aber auch Zeit!)

Auch an diesem Beispiel wird, wie ich glaube, deutlich, daß das Aachener Klinikum mit einem hervorragenden Ruf den Erwartungen in vollem Umfang gerecht geworden ist

(Zustimmung bei der SPD)

und daß die Gesamtinvestition trotz aller Unkenrufe und trotz aller Kritik gut angelegt ist.

Erfreulich sind ebenfalls die gemeinsamen Anstrengungen mit dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn eine neue Lehr- und Forschungsgruppe für umweltverträgliche Landwirtschaft einzurichten.

(Zustimmung bei der SPD - Kniola (SPD): Das ist beispielhaft!)

(D)

Nachdem das landwirtschaftliche Gut vom Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft bereits zur Verfügung gestellt wurde, können durch Umwidmung von 15 Stellen die personellen Voraussetzungen für einen landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchsbetrieb geschaffen werden.

Mit der konsequenten Umsetzung der Konzentrationsmaßnahmen können 1986 weitere 77 Stellen zur Förderung der Spitzenforschung und der Spitzentechnologie sowie zur Vervollständigung neuer Hochschulbereiche durchgeführt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Damit gelingt es, zum Beispiel im Bereich der Informatik, der Biotechnologie, aber auch der Theaterwissenschaften eine zusätzliche Förderung zu erreichen. In den letzten drei Jahren wurden mit 161 Stellen an unseren Hochschulen aus diesem Programm neue Schwerpunkte gesetzt.

(Dr. Posdorf (CDU): Und 165 gestrichen.)

(Retz (SPD))

- (A) Im Bereich der Sozialforschungsstelle Dortmund sollen zu den vorhandenen 8 wissenschaftlichen Planstellen weitere 7 Dauerstellen für den wissenschaftlichen Dienst eingerichtet werden, die durch eine erfolgreiche Drittmittelinwerbung bereits heute voll finanziert werden.

Für den Bereich der Ingenieurwissenschaften in Duisburg werden 1986 Mittel in Höhe von 1 Million DM bereitgestellt, um mit dem Bau der Halle Süd beginnen zu können.

Besonders wichtig erschien uns die auch von Ihnen erwähnte Aufstockung der Vergütung für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen des Landes. Mit einer Ansatzserhöhung von 1 Million DM gelingt uns eine 20%ige Anhebung der Honorarsätze, die seit 1981 unverändert waren.

(Frau Robels (CDU): Das war auch höchste Zeit!)

Ferner gelingt es uns durch zusätzliche Mittelbereitstellung, in Bochum, Düsseldorf, Siegen und Aachen weitere 38 Ausbildungsplätze für handwerkliche und technische Berufe einzurichten und damit letztlich insgesamt 5 560 berufliche Ausbildungsplätze an unseren Hochschulen zu schaffen, mit denen auch unsere Hochschulen einen beachtlichen Beitrag in diesem Bereich leisten.

- (B) Ein besonderes Anliegen, wenn auch mit einem bescheidenen Ansatz von nur 75 000 DM, war uns die deutsch-israelische Studentenbegegnung, die wir mit diesem Ansatz besonders fördern und unterstützen wollten.

Im Haushalt 1986 werden erstmalig zehn Planstellen der Besoldungsgruppe C 4 ohne Besoldungsaufwand ausgewiesen, mit denen in Nordrhein-Westfalen erstmals Stiftungsprofessuren eingerichtet werden können. Wie wir heute in der Presse lesen konnten, will der Stiftungsverband damit zusätzlich Nachwuchswissenschaftler fördern, und das kommt ja auch Ihrem Wunsch entgegen.

Für die Fachhochschule Niederrhein werden die Neubaumittel des Fachbereichs Textil- und Bekleidungstechnik aufgeteilt. Bei dem derzeitigen Ansatz können wir davon ausgehen, daß die notwendigen Mittel für den Baubeginn der Mensa in Mönchengladbach in diesem Jahr erbracht werden können.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat mit diesen Anträgen ergänzende Schwerpunkte gesetzt, die überwiegend mit der Zustimmung der Opposition beschlossen wurden.

(C) Die CDU-Fraktion hat während der Beratungen im Ausschuß einen einzigen Änderungsantrag mit einem Haushaltsansatz von 10 Millionen DM gestellt,

(Dr. Posdorf (CDU): Den Antrag!)

dem wir in der Sache auch gerne zustimmen würden. Im Rahmen des Fiebiger-Plans erkennen auch wir die Notwendigkeit zusätzlicher Professorenstellen für junge hochqualifizierte Wissenschaftler an, um eine verzernte Altersstruktur in den nächsten Jahren zu verhindern;

(Dr. Posdorf (CDU): Aber?)

aber für diese Maßnahme fehlt uns leider der Deckungsvorschlag, den Ihr Fraktionsvorsitzender heute morgen schon angesprochen hat. Der ist im Ausschuß nicht erbracht worden.

Nach der großen Übereinstimmung in diesem Bereich könnte man eigentlich davon ausgehen, daß die Opposition dem Haushalt 06 zustimmen würde. Aber dem ist leider nicht so. Wir haben den Antrag 10/818 der CDU vorliegen, mit dem die CDU ihre Ablehnung begründet. Sie beschränkt sich bei Ihrer Begründung - auch das haben Sie hier eben vorgetragen, Herr Dr. Rödding - auf pauschale Kritik; aber es fehlen konkrete Lösungsvorschläge, wie das alles umgesetzt werden soll, was Sie wollen.

(D) Meine Damen und Herren der Opposition, wenn Sie bei einem Haushalt von über 5,5 Milliarden DM einen Änderungsvorschlag über rund 10 Millionen DM vortragen und damit nur auf ein Viertelprozent des gesamten Haushaltsansatzes Einfluß nehmen wollen, dann machen Sie sich mit dieser Ablehnung des Haushaltes 06 unglaubwürdig. Wer sich die Oppositionsarbeit so einfach macht, wie Sie das hier tun, der trägt nicht zur politischen Gestaltung in unserem Land bei.

(Widerspruch bei der CDU - Beifall bei der SPD)

Sie haben hier gerade die zukunftssträchtigen Entscheidungen aus dem Wissenschaftsbereich angesprochen, und von daher wird das zusätzlich unverständlich.

Lassen Sie mich als Neuling in diesem Haus - der aber in der Kommunalpolitik, auch in der Opposition, immer konstruktive Mitarbeit geleistet hat - auch einmal sagen, daß ich von der destruktiven Arbeit, die Sie hier leisten, enttäuscht bin. Sie beschäftigen zwar mit Ihren Anfragen und auch mit den Darstellungen, wie sie hier eben vorgetragen wur-

(Retz (SPD))

- (A) den, einen großen Teil der Ministerien; aber Ihre konstruktiven Vorschläge stehen dazu in keinem Verhältnis.

(Widerspruch bei der CDU)

Trotzdem hoffe ich, daß Sie nach der Bundestagswahl 1987 zu einer sachlichen Mitarbeit und zu einer konstruktiven Opposition finden werden, meine Damen und Herren, damit wir gemeinsam in einem sachlichen Wettstreit für die Bürger in Nordrhein-Westfalen arbeiten können.

(Maedge (SPD): Sehr gut! - Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Dr. Fischer für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Fischer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Retz, es wäre sehr reizvoll für mich, auf Ihre letzten polemischen Ausführungen einzugehen; aber die vorgerückte Stunde zwingt mich dazu, sogar von meinem Manuskript einiges zu streichen.

Herr Kollege Dr. Rödding hat unsere Ablehnung soeben sehr präzise und ausführlich begründet. Ich möchte noch einmal auf den Antrag der CDU-Fraktion eingehen, den die SPD leider ablehnen will. Als vor wenigen Wochen in einer Pressekonferenz die parlamentarische Initiative der CDU-Fraktion für den wissenschaftlichen Nachwuchs vorgestellt worden war, reagierte die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin recht unwirsch. "Anke Brunn: Es wird sich bei den parlamentarischen Beratungen zeigen, wie ernst die CDU es mit ihrem Vorschlag gemeint hat." So die "Rheinische Post" vom 5. Februar dieses Jahres.

Nun, Frau Brunn, liegt der Antrag der CDU-Fraktion vor. Jeder in diesem Hause und draußen an den Universitäten weiß, daß unsere Sorge um den wissenschaftlichen Nachwuchs sehr ernst gemeint ist, und es hat sich im Ausschuß schon gezeigt, wie wenig ernst die Sorge der Landesregierung und der SPD-Fraktion ist.

Heute haben Sie die Chance, Frau Minister, Herr Ministerpräsident und Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Versprechungen einzulösen. Der Ministerpräsident dieses Landes hat in seiner Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 wörtlich gesagt: "Die Landesregierung wird den wissenschaftlichen Nachwuchs auch in Zukunft fördern und gemeinsam mit den Hochschulen landespolitische

Lösungen erarbeiten." Dieses Versprechen des Ministerpräsidenten wurde zwar von vielen mit Skepsis aufgenommen - und das ist ja bei dieser Landesregierung auch immer angebracht -; dieses Versprechen - das muß man dem Ministerpräsidenten sagen - hat aber auch Erwartungen bei den jungen Nachwuchswissenschaftlern geweckt, von denen die SPD heute nichts mehr wissen will.

Die Universitäten dieses Landes hatten sehr wohl zur Kenntnis genommen, was die Ministerpräsidenten der Länder am 28. Februar dieses Jahres beschlossen hatten.

(Kniola (SPD): Was denn?)

Ich zitiere einmal wörtlich, Herr Kollege Kniola:

Die Regierungschefs der Länder sehen mit Sorge die sehr ungleichgewichtige Altersstruktur und die damit verbundene niedrige Ersatzbedarfsquote bei Neubestellungen an den Hochschulen. Sie halten es deshalb unter Berücksichtigung der Unterschiede in den Ländern bei der Altersstruktur der Hochschullehrer und der bisher erfolgten unterschiedlichen Überlastmaßnahmen nach Maßgabe der jeweiligen finanziellen Möglichkeit für geboten, alles zu tun, um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu stärken und die damit verbundene Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern.

So wörtliches Zitat.

Diesem Beschluß, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat der Ministerpräsident unseres Landes zugestimmt. Die Einlösung dieses Versprechens fordere ich heute für meine Fraktion ein.

Die katastrophale Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses in Nordrhein-Westfalen duldet keinen weiteren Aufschub, wenn dieses Land und seine Hochschulen keinen großen Schaden nehmen sollen.

Die Versprechungen des Ministerpräsidenten sind von seiner neuen Wissenschaftsministerin sogleich fortgesetzt worden.

(Ministerpräsident Dr. Rau betritt den Plenarsaal. - Nagel (CDU): Da ist er ja! - Weitere Zurufe)

In ihrer Antrittsrede vor dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat Frau Minister Brunn von den - wörtlich - "außerordentlich bedrückenden Problemen des wissenschaft-

(C)

(D)

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) lichen Nachwuchses" gesprochen. Sie hat insgesamt das Problem richtig beschrieben und viele - auch unkonventionelle - Lösungsansätze versprochen.

(Dr. Posdorf (CDU): Aber nur versprochen!)

In den Mitteilungen des Hochschulverbandes vom Oktober 1985 greifen Sie, Frau Brunn, das Problem noch einmal auf, und Sie schreiben: Wir müssen dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine Zukunft sichern, und zwar aus forschungs- und sozialpolitischen Gründen.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Genau das ist richtig, Frau Minister. Ihre Fraktion hatte bereits die Möglichkeit, einem vernünftigen Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. Das hat sie hier jedoch nicht getan. Nur kurzfristige Wissenschaftspolitiker können sich unserem überaus wichtigen Anliegen versagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie alle, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, insbesondere der Ministerpräsident und die Wissenschaftsministerin, müssen sich die Frage nach Ihrer Glaubwürdigkeit hier gefallen lassen.

- (B) (Beifall bei der CDU - Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stellt ihren Antrag auf Schaffung von 50 neuen C 3- und C 4-Stellen, weil wir die Notlage des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht nur erkannt haben, sondern weil wir sie zumindest lindern wollen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat die CDU-Fraktion durch ihre Große Anfrage zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses ihre Sorge deutlich gemacht. Meine Kollegen Dr. Rödding und Dr. Heimes haben in der Plenardebatte präzise die Wünsche und Vorstellungen der CDU-Fraktion erläutert. Meine Damen und Herren von der SPD, unsere Sorgen haben sich seitdem nicht verringert - im Gegenteil: Fahren Sie einmal hinaus zu den Universitäten, dann merken Sie schnell, wie dieses Problem den Hochschulen auf den Nägeln brennt. Es handelt sich hier nicht nur um persönliche Schicksale oder um sogenannte Sozialfälle - dies anzunehmen wäre ein grundlegender Irrtum -; diese Schwierigkeiten für qualifizierte Nachwuchswissenschaftler führen auch zu einer mittel- und langfristigen Schwächung des Wissenschaftspotentials unseres Landes.

- (C) Die CDU-Fraktion strebt mit ihrem Antrag die folgenden Ziele an.

Erstens: Wir wollen die Entzerrung der Altersstruktur des Lehrkörpers an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik insgesamt und damit - zweitens - zugleich eine angemessene Berufs- und Aufstiegsperspektive für den Hochschullehrernachwuchs.

Drittens: Wir wollen für 50 hochqualifizierte Wissenschaftler wegen mangelnder Berufs- und sonstiger Berufungschancen eine Position - wie man es genannt hat - "geachteten Verweilens" sichern, bis sich spätestens Mitte der 90er Jahre die Situation an unseren Hochschulen entspannt hat.

Viertens: Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen erhalten. Unsere Universitäten sollen Anschluß an Spitzenqualität halten, und zwar dadurch, daß zumindest die Besten eines Jahrgangs die Chance einer Hochschullehrerlaufbahn erhalten.

Fünftens: Wir wollen nicht, daß ganze Fakultäten und Abteilungen verkrusten, weil jahre- und sogar jahrzehntelang kein Nachwuchs berufen werden kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir wollen Kontinuität in der Forschung und eine ausgewogene Alters- und Erfahrungsstruktur in allen Disziplinen.

(D) Sechstens: Wir wollen das Innovationspotential der Jüngeren, wir wollen die Vitalität der universitären Forschung sichern und weiterentwickeln.

Siebtens und letztens: Wir wollen unter keinen Umständen, daß eine wissenschaftliche Elite "zum Wegwerfen" produziert wird.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

Das ist nicht nur in höchstem Maße unökonomisch, das ist in höchstem Maße unsozial, unmenschlich und durch keinerlei finanzpolitische Überlegungen zu rechtfertigen.

Die CDU-Fraktion, Frau Minister Brunn, ist nicht Nachvollzugsorgan des Ministerpräsidenten. Sie aber, Frau Brunn, sind ein solches Nachvollzugsorgan des Finanzministers, gegen den Sie sich nicht haben durchsetzen können.

(Dr. Posdorf (CDU): Schade!)

Ein kluger Mann hat einmal gesagt, die eigentlichen "Geheimen Räte der Hochschul-



(Dr. Fischer (CDU))

- (A) politik" säßen im Finanzministerium. Mir scheint, dieser Mann war mit den Verhältnissen in Nordrhein-Westfalen sehr gut vertraut.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Fraktion beugt sich dem Diktat des Finanzministers, obwohl sie, wie es der Kollege Retz vor mir zugegeben hat, sehr genau weiß, wie wichtig, wie richtig und wie notwendig die Initiative der CDU-Fraktion ist.

(Zuruf des Abg. Kniola (SPD))

Auf die Anfrage meines Kollegen Dr. Posdorf zur Durchführung des Fiebiger-Plans in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung geantwortet, sie schenke dem Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses besondere Aufmerksamkeit. In der Antwort wurde ebenfalls darauf verwiesen, daß die Beratungsergebnisse einer Arbeitsgruppe bis zum Herbst 1985 vorgelegt würden.

(Kniola (SPD): Sie liegen vor!)

In der Presse war dann zu lesen, diese Arbeitsgruppe schlage zusätzliche 40 Stellen vor. Heute frage ich die Landesregierung: Wo bleiben nun diese Stellen, und wann werden die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe endlich im Ausschuß vorgestellt?

(Kniola (SPD): Das kommt!)

- (B) Meine Damen und Herren, die Nachwuchswissenschaftler dieses Landes - insbesondere in Nordrhein-Westfalen - sind Versprechungen und Vertröstungen leid. Sie wollen, daß die Landesregierung endlich handelt. Was nützen ihnen trostreiche Worte der Landesregierung oder gar das Bewußtsein, daß ihnen große Aufmerksamkeit geschenkt wird, wenn nicht endlich auch Taten folgen und handfeste Notsituationen beseitigt werden!

Sie, Frau Minister Brunn, haben vor kurzem in anderem Zusammenhang gesagt - ich zitiere wörtlich -:

Grundsätzen und Theorien kann man leicht zustimmen. Handeln fällt schon sehr viel schwerer.

Genau damit haben Sie auch das Problem dieser Landesregierung beschrieben: große Worte und Versprechungen, aber keine Taten!

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte noch eines an dieser Stelle anmahnen: Es wurden unkonventionelle Lösun-

gen in Aussicht gestellt. Gehört haben wir davon leider noch nichts wieder. (C)

Vielleicht darf ich der Landesregierung den Maßnahmenkatalog vorstellen, den eine unabhängige Wissenschaftlergruppe erarbeitet hat.

Angesichts der Brisanz der Situation müssen alle nur denkbaren Lösungsansätze erwogen und gegebenenfalls miteinander kombiniert werden: Überbrückungsstellen auf Zeit für habilitierte Assistenten, Schaffung und Erhaltung von Dauerstellen entsprechend dem Bedarf in Ausbildung, Weiterbildung und Forschung, Umverteilung von Arbeit, Vorruhestandsregelung, Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitstellen,

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Stellenpools zur Zwischenfinanzierung von Mitarbeitern an befristeten Projekten bis zur möglichen Zuordnung zu neuen Projekten.

Wenn auch nur einige dieser Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen zusätzlich durchgeführt würden, zeichnete sich wenigstens ein kleiner Lichtstreif am Horizont ab. Aber nach der Streichung von 165 Stellen droht unseren Hochschulen eher Finsternis als Erleuchtung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Max Weber, der bekannte Soziologe, hat in seinem berühmten Aufsatz "Wissenschaft als Beruf" geschrieben, es sei für einen jungen Gelehrten, der keinerlei Vermögen hat, außerordentlich gewagt, sich den Bedingungen der akademischen Laufbahn auszusetzen, er müsse mindestens eine Anzahl Jahre aushalten können, ohne irgendwie zu wissen, ob er nachher die Chance habe, in eine Stellung einzurücken, die für den Unterhalt ausreiche. (D)

Unser wissenschaftlicher Nachwuchs steht also unter dem ständigen Risiko der Bewährung, der Urteile und Vorurteile anderer und mancher Zufälligkeiten, die eine wissenschaftliche Karriere mit entscheiden können. Darauf hat Theodor Berchem, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, neulich deutlich hingewiesen, und dies ist ganz gewiß kein bequemes Prinzip. Es ist noch zu ergänzen, daß dieses Risiko heute in den Geisteswissenschaften am größten ist, da es hier nicht einmal mehr den Ausweg Schule gibt.

Der wissenschaftliche Nachwuchs muß ein eigenes Risiko tragen wie jeder andere Beruf auch. Daran kann kein Zweifel bestehen. Aber wir Politiker haben die Aufgabe, dieses Risiko, sofern es zu großen und zu uner-

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) träglichen sozialen Auswirkungen führt, zu mildern und abzufedern, ganz abgesehen davon, daß auch und besonders geistige Ressourcen verschleudert werden, wenn diese hochqualifizierten Leute nicht angemessen oder schlimmstenfalls überhaupt nicht beschäftigt werden.

Ich appelliere noch einmal an die Landesregierung und an die Mehrheitsfraktion dieses Hauses: Es darf nicht sein, daß Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag zur Durchführung des Fiebiger-Planes verweigert. Wenn wir in Nordrhein-Westfalen in den nächsten fünf Jahren jährlich 50 neue Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen, dann verbessern wir nicht nur die Lage für ihn materiell spürbar, nein - so Theodor Berchem am Schluß wörtlich -, wir hätten auch ein Zeichen von hohem Symbolwert gesetzt, die akademischen Lehrer könnten mit gutem Gewissen ihren besten Schülern wieder zu reden, an der Hochschule zu bleiben, weil wissenschaftliche Leistung wieder lohnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion beweist, daß wir uns der Dimension dieses Generationenproblems bewußt sind. Unser Antrag will ein Zeichen setzen und den Nachwuchswissenschaftlern jene Hoffnung geben, ohne die auch sie nicht leben und arbeiten können.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Hochschulpolitik, die nicht dafür sorgt, daß der teuer ausgebildete, fachlich hochspezialisierte wissenschaftliche Nachwuchs seine Qualifikationen sinnvoll und angemessen einbringen kann, sondern als Sozialhilfempfeänger den Steuerzahler erneut belastet, eine solche Hochschulpolitik kann die CDU-Fraktion dieses Hauses nicht verantworten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile der Frau Minister für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir klar, daß es schon fast vermessend ist, um diese Zeit als letzter Redner noch das Wort zu ergreifen.

(Kniola (SPD): Als Rednerin!)

- Ja, das sowieso. - Aber das Thema, das Sie angesprochen haben, Herr Fischer, ist mir zu wichtig, als daß es einfach bei diesen Bemerkungen bleiben könnte. Erlauben Sie mir deshalb einige Anmerkungen!

Sie haben hier in einer sehr sachlichen Debatte eine Reihe von Punkten genannt, bei

denen Sie noch Wünsche an den Haushalt hätten; bei Großgeräten, beim Personal und zuletzt insbesondere beim wissenschaftlichen Nachwuchs. Wenn dies in Zeiten geschähe, in denen man große Zuwächse zu verteilen hätte, dann könnte ich praktisch jeden Antrag unterschreiben, wie ich ihn gegenwärtig auch von der Sache her durchaus unterschreiben kann.

(Zuruf von der CDU: So gut sind unsere Anträge!)

Nur, meine Damen und Herren: Bei Kritik, die Sie an die Landesregierung und speziell an den Finanzminister richten, achten Sie nicht hinreichend darauf, daß dies alles unter bestimmten finanziellen Rahmenbedingungen stattzufinden hat. Insofern ist es zu einfach, wenn man einerseits eine Ausweitung fordert - insgesamt ja diese gut 500 Millionen DM, die heute morgen genannt worden sind -, andererseits die entsprechende Finanzierung nicht anbieten kann.

So müssen auch wir mit unseren Hochschulen und mit der Forschung einfach feststellen, daß wir in der Solidarität der Landesfinanzen insgesamt stehen und daß wir hier nicht für uns einzeln Zuwächse in Anspruch nehmen können, die anderen vorenthalten bleiben. Insofern sind auch die guten Wünsche und die guten Ziele nur dann realisierbar, wenn sie sich in dem entsprechenden materiellen Rahmen halten. Und das geht nicht nach dem Einzelwunsch des einen oder anderen Ministers, sondern das muß insgesamt ausgehandelt werden.

Speziell zum wissenschaftlichen Nachwuchs möchte ich ganz nachdrücklich unterstreichen, daß dies Problem für uns größte Priorität für die nächste Haushaltsrunde hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Wissenschaftsministeriums und des Landesrektorenkonferenz einen Lösungsweg erarbeitet, der der Zielvorstellung der Regierungserklärung entspricht, nämlich eine landesspezifische Regelung für Nordrhein-Westfalen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Diese Arbeitsgruppe hat ihr Ergebnis nun im Januar festgelegt und es jetzt erst mir und der Landesregierung vorgelegt. Aus diesem Grunde ist es schwierig gewesen, dies noch in die laufenden Haushaltsplanberatungen hineinzubringen. Naheliegender wäre es, da der Haushalt 1986 praktisch abgeschlossen ist, dies für den Haushalt 1987 vorzusehen.

Andererseits ist uns auch - und das war der Wunsch insbesondere auch der Rektoren und

(Frau Minister Brunn)

- (A) der Hochschulseite in dieser Arbeitsgruppe - klar: das Problem ist so dringend, daß man nach einem Weg suchen muß, noch im Jahr 1986 einen Einstieg zu finden, einen Einstieg, der aber andererseits die restriktiven Rahmenbedingungen berücksichtigt, die uns gesetzt sind.

Deshalb haben wir erwogen, dem Landtag vorzuschlagen - und das werden wir auch zur dritten Lesung tun -, hier noch einen materiellen Weg zu finden, um im Jahr 1986 nach Verabschiedung des Haushalts in der vor uns liegenden Zeit einen ersten Einstieg in dieses wissenschaftliche Nachwuchsprogramm zu finden, indem wir nicht - wie von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen - mit jährlich 40 Stellen, sondern angesichts des bereits angebrochenen Jahres mit 20 Stellen beginnen, allerdings - und das ist die bittere Kehrseite - indem wir diese Stellen dadurch gewinnen, daß wir sie zunächst durch Umwandlungen innerhalb der Hochschulen erwirtschaften.

Dies entspricht nicht voll - das will ich so deutlich sagen - den Wünschen der Hochschulen. Die wollen nämlich zusätzliche Stellen haben. Allerdings konnten wir in einem restriktiven Haushalt, in dem Stellen abgebaut werden, nicht im nachhinein wieder Stellen "drauftun". Das war nicht möglich.

- (B) Aus diesem Grunde bemühen wir uns - unter Berücksichtigung der Realitäten, unter Nutzung unserer vorhandenen Möglichkeiten -, handlungsfähig zu sein. Das ist der Vorschlag, den die Landesregierung dem Landtag unterbreiten wird. Dieser Vorschlag wird Ihnen zur dritten Lesung vorliegen, weil das nicht "aus der Hüfte geschossen" werden kann. Die Vorschläge sind erst vor einigen Tagen eingetroffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte ganz deutlich sagen, daß wir unter landesspezifischer Regelung des wissenschaftlichen Nachwuchses zunächst das verstehen, was die Arbeitsgruppe vorgeschlagen hat, d.h. keine stellenmäßige Vorstellung, die nicht etwa auch unter strukturellen Gesichtspunkten vertretbar wäre. Wir würden sonst in 10 oder 15 Jahren die dann vorhandene Wissenschaftlergeneration noch einmal in doppelte Schwierigkeiten bringen, wenn wir jetzt überdimensional ausweiten würden. Man muß auch die zukünftige Realität der Hochschulen betrachten. Deshalb gehen wir nicht, wie zunächst überlegt, für den gesamten Zeitraum von 257 Stellen, sondern von den - von der Arbeitsgruppe unter strukturellen Gesichts-

- punkten als realistisch betrachteten - 157 Stellen in vier Jahren aus. Wenn wir nur Ersatzquoten berechneten und nicht auch zukünftige Entwicklungen berücksichtigten, kämen wir zu höheren Zahlen. Es ist bewußt ein bescheidenes, strukturell realistisches Programm vorgesehen. (C)

Wir werden auch höchstqualifizierte junge Nachwuchswissenschaftler, die in Fächern arbeiten, die in absehbarer Zeit nicht diese großen quantitativen Chancen haben wie beispielsweise Geisteswissenschaften, berücksichtigen und, in einer ganz bescheidenen Zahl, auch solche, wo es erhebliche soziale Härten gibt. Dies ist in den Grundzügen die NRW-spezifische Regelung.

Wir werden darüber hinaus auch die anderen Vorschläge, die aus den Hochschulen in letzter Zeit kamen, prüfen und mit Ihnen auch gerne besprechen, so daß wir seitere Lösungen finden, die den Rahmen, den wir haben, berücksichtigen, den Rahmen, den wir im übrigen - ganz selbstbewußt können wir das feststellen - hier auch durchaus konstruktiv ausfüllen. Ich will nicht wiederholen, was mein Kollege Retz vorhin in der Debatte gesagt hat, aber man sollte auch gerade unsere Besonderheiten und all die neuen Dinge sehen, die in den Hochschulen kreativ entwickelt worden sind. Man sollte nicht hinwegreden über das, was sich an konkreten und guten Ideen dort tut.

- Deshalb also habe ich durchaus Sympathie für die Vorstellung, die Sie entwickeln, nämlich hier etwas dazuzutun, aber wir können nur im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Stellen in diesem Jahr einen ersten Einstieg wagen. Das wollen wir tun, damit auch für die Hochschulen klar ist, daß es weitergeht und daß wir nicht eine ganze Generation von Nachwuchswissenschaftlern gewissermaßen auf den Schrotthaufen der Wissenschaftsgeschichte befördern. Das können wir uns allesamt nicht leisten. Herzlichen Dank für Ihre Geduld. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Damit ist die Reihe der Wortmeldungen abgeschlossen. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen dann zur Abstimmung.

(Frau Friebe (SPD): Es war vereinbart, heute keine Abstimmung mehr durchzuführen, sondern erst morgen!)

Ich bedanke mich. Das war mir nicht bekannt. Ich bitte, das zu entschuldigen. Dann darf ich schließen; ich rufe das Plenum für morgen früh, 10.00 Uhr, wieder ein.

Schluß: 19.42 Uhr.

Ausgegeben: 12. März 1986